



Waldmössingen: Ortschaftsrat empfiehlt Kindergarten-Kompromiss

Martin Himmelheber (him)



Hörbar erleichtert berichtet der neue Waldmössinger Ortsvorsteher Reiner Ullrich über einen mehrheitlichen Empfehlungsbeschluss in der heiß umstrittenen Kindergartenfrage. Demnach möchte der Ortschaftsrat, dass der katholische St. Josefs-Kindergarten saniert und erweitert wird. Das Mehrkostenproblem soll vor Baubeginn mit der Kirchengemeinde verhandelt werden. Die Idee vom betrieblich unterstützten Kindergarten („Kindergarten für alle“) wird verbindlich in den Kindergartenbedarfsplan der Stadt aufgenommen. Der Sperrvermerk im Haushalt soll aufgehoben werden.

Mit 60 bis 70 Gästen sei die erste Sitzung unter seiner Leitung sehr gut besucht gewesen, so Ullrich. Das zeige das große Interesse am Thema. Als „Neuer“, der von außen komme, habe er einen anderen Draufblick auf das Thema gehabt. „Ich habe vom ersten Tag an viele Gespräche geführt und habe früh gesagt, es sollte kein entweder oder geben. Beide Projekte führen zu einem Mehrwert der Betreuungsangebote in der Stadt.“

Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr hatte die Passage mit dem Kostendeckel dahingehend geändert, dass darüber vorab mit der Kirche verhandelt werden müsse. Der anwesende Pfarrer Christian Albrecht

habe dies „kopfnickend abgesegnet“, berichtet eine ZuhörerIn der NRWZ.

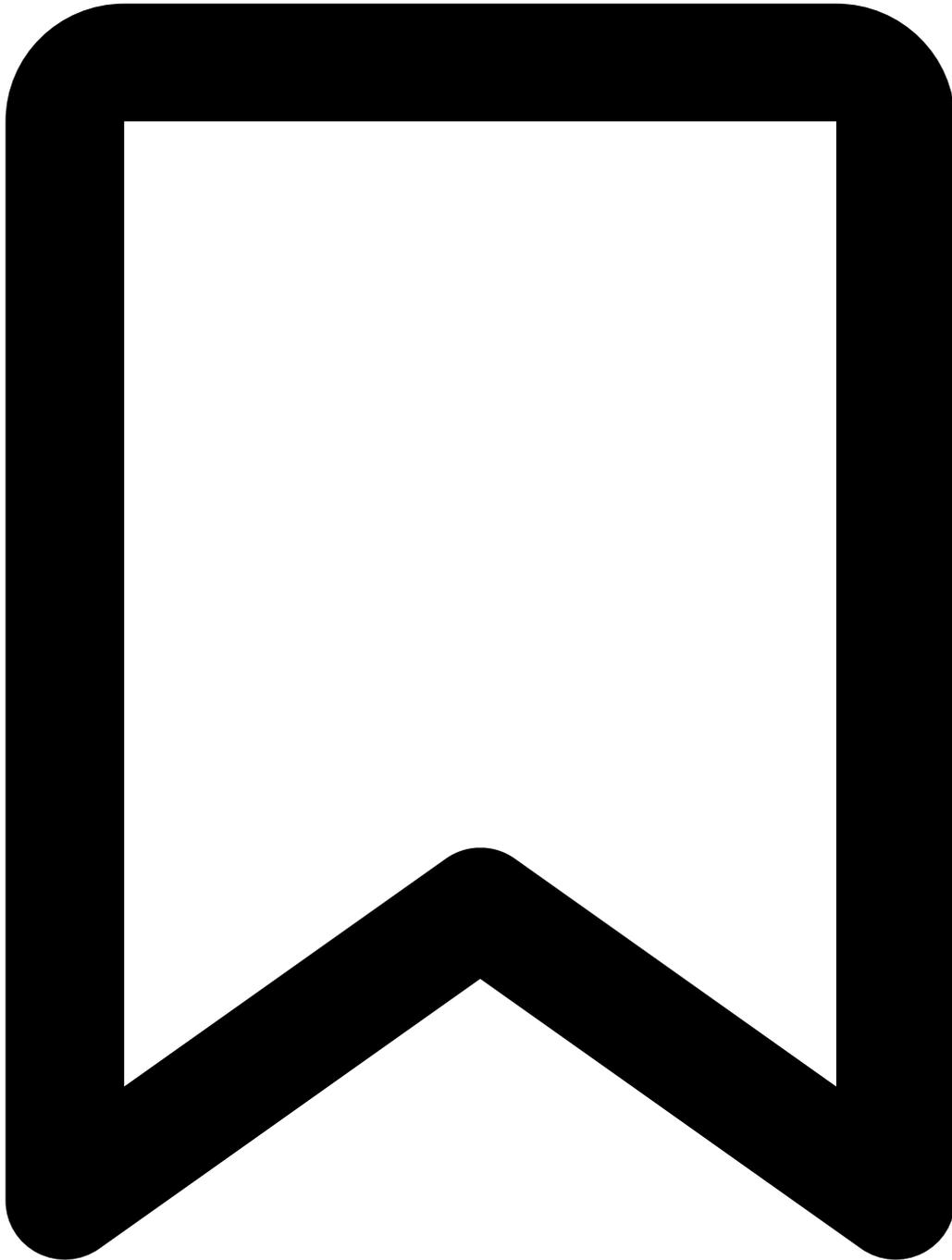
Bedarf für zwei Kitas

Ullrich sieht wegen der laufenden Bauvorhaben und des geplanten Neubaugebietes Kehlenstraße einen wachsenden Bedarf an Kindergartenplätzen. Zugleich sei die Industrie stark an Betreuungsplätzen für die Kinder ihrer Mitarbeiter interessiert. Man werde deshalb in der Zukunft beide Projekte brauchen. Schon jetzt stünden acht Kinder auf der Warteliste für einen Kitaplatz.

Ullrich wies auf einen weiteren Aspekt für die Doppellösung hin: nach dem Kita-Gesetz sollten die Kommunen für Trägervielfalt sorgen. Bisher gibt es in Waldmössingen nur einen katholischen Kindergarten.

Bebauungsplan abschließen

Das Bebauungsplanproblem Webertal 3 könnte man laut Ortsvorsteher Ullrich möglicherweise so lösen: Erst das laufende Verfahren abschließen. Dann kann ein Investor durch ein Gutachten prüfen lassen, ob eine KiTa möglich wäre. Über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan ließe sich dann das Grundstück für einen Kindergarten planungsrechtlich absichern, so die Auskunft der Stadtplanung. Das Gewerbegebiet sei ja noch nicht fertig entwickelt. Man müsse erst noch sehen, welche Gebäude dort entstehen.



Hier könnte der „Kindergarten für alle“ entstehen. Abbildung: Brief der Initiative.

Bei der Abstimmung votierten sechs Ortschaftsräte für den Kompromissvorschlag, einer enthielt sich vier stimmten dagegen. Nach Ullrichs Einschätzung hätten diese die betriebliche Variante lieber zeitnaher umgesetzt gesehen.

Nach dem Empfehlungsbeschluss im Ortschaftsrat wird sich am Donnerstag der Verwaltungsausschuss und Ende April der Gemeinderat mit dem Thema befassen.